

# Wird TTIP zu Transparenz beitragen und was bedeutet es für Drittländer?

Von *Evita Schmieg*

*Das geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und USA schafft aufgrund der Marktmacht der beiden Staaten auch Fakten für Drittländer. Auch wenn der Zugang zu EU- und US-Markt vereinfacht würde, könnten erhöhte Standards insbesondere den Zugang für Entwicklungsländer erschweren. EU und USA sollten parallel zum Abschluss von TTIP die in der WTO erzielten Ergebnisse zu Gunsten von Entwicklungsländern unilateral umsetzen.*

Die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP soll den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen EU und USA erleichtern. Dabei geht es weitgehend nicht um neue Bereiche; viele dieser Fragen sind schon Teil bestehender Freihandelsabkommen. Aber dieses Mal geht es um die zwei größten Wirtschaftsregionen mit Anteilen von 46 Prozent an der Weltwirtschaft und 25 Prozent am Welthandel. TTIP hat deshalb weitergehende systemische Wirkungen. Dies ist wahrscheinlich der Grund, warum diese Verhandlungen weitaus intensiver öffentlich diskutiert werden – trotz des geschätzten geringen Anstiegs des BIP um 0,5 Prozent.

Was heißt das? Grundsätzlich ist TTIP ein schlechtes Signal für das multilaterale Handelssystem: Erstmals wird über einen so großen Teil des Welthandels außerhalb der WTO verhandelt – mit Wirkungen auch auf Drittländer: Eine Verdrängung aus dem EU/US-Markt (Handelsumlenkung) ist insbesondere in den Bereichen möglich, wo heute noch hohe Zölle bestehen – vor allem Textilien (beispielsweise Bangladesch), Schuhe und Agrarprodukte (beispielsweise Kenia). Allerdings könnten Drittländer von dem durch TTIP induzierten Wachstum profitieren, die in EU-US-Wertschöpfungsketten der Produktion eingebunden sind – beispielsweise Marokko oder Mexiko als Zulieferer der Automobilindustrie. Als Zeichen ihres fortbestehenden Interesses am multilateralen System und um die Kritik am „Bilateralismus“ zu entkräften, sollten EU und USA unabhängig von der WTO-Runde parallel zum Abschluss von TTIP zwei in der WTO zu Gunsten von Entwicklungsländern erzielte Ergebnisse unilateral umsetzen: Das Paket der Ministerkonferenz von 2005 sowie die Genehmigung zur Gewährung von Handelspräferenzen für Dienstleistungen zu Gunsten der ärmsten Länder von 2011.

In TTIP geht es aber nicht nur um Zölle, sondern auch um Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung von Standards. Der Zugang zu EU- und US-Markt würde vereinfacht, wenn TTIP die Standard-Vielfalt verringern würde. Erhöhte Standards sind allerdings schwerer zu erfüllen, gerade für



Entwicklungsländer mit schwachen Systemen der Qualitätsinfrastruktur. Selbst ohne TTIP müssen sich Produzenten aber darauf einstellen, dass auf beiden Märkten eine gesellschaftliche Präferenz für eine Verbesserung der Produktqualität sowie die Beachtung von Sozial- und Umweltstandards in der Produktion besteht.

Zu Recht wurde kritisiert, TTIP würde hinter verschlossenen Türen verhandelt. Wichtig wäre für die Zukunft eine noch aktivere Begleitung der Verhandlung und Umsetzung von Freihandelsabkommen durch die Parlamente, vor allem das EU-Parlament. Nichtregierungsorganisationen allein können das nicht leisten.

Wird TTIP selbst zu Transparenz beitragen oder wird es zum Diktat für Drittländer? Manche Bereiche zielen auf Verfahrensvereinfachung (öffentliches Beschaffungswesen, technische Handelshemmnisse) und Transparenz. Dies kann administrative Willkür und den Einfluss von Partikularinteressen auf den Erlass von Richtlinien und Verordnungen begrenzen, sofern der vorgesehene regulatorische Austausch zwischen EU und USA die Regeln demokratischer und parlamentarischer Kontrolle beachtet. Die durch TTIP definierten regulatorischen Bestimmungen gelten zwar nicht unmittelbar für Drittländer, doch schafft die Marktmacht von EU und USA auch für sie Fakten. Die durch TTIP ausgelöste lebhafte Diskussion zur Streitschlichtung im Bereich Investitionen machte bekannt, welche problematische Wirkungen mit bestehenden Instrumenten verbunden sein können. Dies könnte zu mehr Sachlichkeit in Verhandlungen über Streitschlichtungsverfahren beitragen – wenn auch auf eine andere Art als ursprünglich von EU und USA als „Modell“ angedacht.

*Dr. Evita Schmieg ist Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Zu ihrem Forschungsgebiet gehören Regionale Integration, Außenhandel und Außenwirtschaftspolitik der EU sowie von Entwicklungsländern.*